

Sozialismus

Das 400. Heft!

www.Sozialismus.de

Bischoff-Radke/Wahl/
Bierbaum/Schui: Europa



Ulrich Bochum/Hinrich
Kuhls: Labours Wende?



Rolf Staudt: GEWerkchaft-
liche Perspektiven

Franziska Wiethold:
Arbeitnehmermitte

Forum
Gewerkschaften

Stephan Krüger: Lang-
fristiger Abwärtstrend



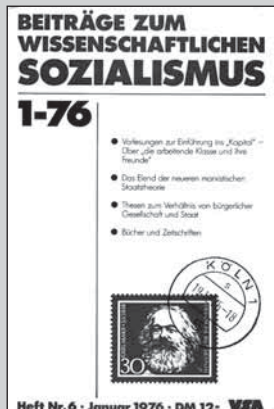
Pablo Iglesias/Thomas Piketty:
Europa reformieren?!



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Das 400. Heft

Zugegeben, 400 ist nicht »die runde Zahl«, zumal wir – ähnlich wie Bertolt Brechts Herr Keuner – nicht unbedingt »für Jahrestage« zu haben sind. Und zugegeben, die Zählung hat ihre Tücken: Die Nummer 1 war im Jahr 1972 der »Diskussionsband ›Klassenbewusstsein und Partei‹«, im Januar 1976 erschien die erste Ausgabe der »Beiträge zum Wissenschaftlichen Sozialismus« (Heft Nr. 6), ab November 1980 (Nr. 32) verkürzten wir den Namen und gingen aufs Magazinformat über, ab Oktober 1983 (Nr. 50) dann auf monatliches Erscheinen mit jährlich elf Heften, manchmal zwölf. Einmal fiel ein Heft aus und verzählt haben wir uns sicherlich auch mal. Dies vorausgeschickt, ist dies das 400. Heft.



Wir folgen dem Rat des listigen Augsburger: »Herr Keuner war für kritische Arbeit, für tätige Vernunft. Er hatte wenig Zeit zum Feiern. Er hielt den Fortgang des Lebens für wichtiger als die Zelebration des Erreichten. Herr Keuner stellte sich nachdenklich den Problemen seiner Zeit.«

Das will auch die Redaktion – mit den gedruckten Ausgaben ebenso wie mit der Website www.Sozialismus.de. Dafür bitten wir um die Unterstützung der Leserinnen und Leser in Form von neuen Abonnements und/oder einer Spende auf das Konto **Richard Detje-Euscher, IBAN: DE28200505501268120977, BIC: HASPDEHHXXX** Wir bedanken wir uns im voraus!

Europäische Entwicklungen...

Joachim Bischoff/Björn Radke:
SYRIZAS politischer Auftrag und die Strategiedebatte der Linken 2

»Die europäischen Institutionen demokratisieren!«
Thomas Piketty im Gespräch mit Pablo Iglesias 7

Bernhard Sander:
Wird die französische Linke verschwinden? 15

Klaus Bullan:
Südtalien – Krisenregion in Europa 21

Ulrich Bochum/Hinrich Kuhls: Labours langer Weg
zur gesellschaftlichen und politischen Wende 25

... und wie die Linke sie deutet

Peter Wahl: Linke Sakralisierung von Euro und EU 32

Heinz Bierbaum: Wie weiter mit der europäischen Linken? 36

Herbert Schui: Schuldenkrise der Eurozone –
Der German Eiertanz wird fortgesetzt 40

Unvollendete Einheit

Klaus Steinitz: Ostdeutschland im 25. Jahr der Einheit
Strukturelle Defizite und Chancen, diese zu überwinden 45

Forum Gewerkschaften

Franziska Wiethold: Einblicke in das Gesellschaftsbild der Arbeitnehmermitte
Stefanie Hürtgen und Stephan Voswinkel untersuchen Anspruchslogiken
und Interessenpolitik 50

Otto König/Richard Detje: Der kurze Sommer der Willkommenskultur 55

Rolf Staudt: GEWerkchaftliche Perspektiven –
in der Einheitsgewerkschaft 58

»Wertrechnung« für die Bundesrepublik/Rezensionen

Stephan Krüger: Profitrate und Kapitalakkumulation in Deutschland
Was folgt aus ihrem langfristigen Abwärtstrend? 60

Klaus Schneider: Die Übergangenen und Vergessenen
(zu Paco Roca: Die Heimatlosen) 64

Hasko Hüning: »Es lohnt nicht, in ihn zu investieren...«
(zu Christian Stahl: In den Gangs von Neukölln. Das Leben des Yehya E.) 66

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 63

Veranstaltungen & Tipps 68

Marion Fisch: I Want to See the Manager (Filmkritik) 69

SYRIZAS politischer Auftrag und die Strategiedebatte der Linken

von | Joachim Bischoff und Björn Radke



Am Tag nach der Wahl: Athen, 21. September 2015 (Foto: dpa)

In Griechenland ist nach dem klaren Wahlsieg des Linksbündnisses SYRIZA eine zügige Regierungsbildung vollzogen worden. Die bisherige Koalition der linken SYRIZA und der rechtspopulistischen »Unabhängigen Griechen« wird fortgeführt. Die Koalitionsmehrheit beträgt 155 Sitze von 300 Parlamentsmandaten. Alexis Tsipras sagte vor seinen Anhängern, die Partei habe jetzt ein neues und klares Mandat für eine vierjährige Amtszeit. Die neue Regierung hat die Absicht bekräftigt, die Vereinbarungen mit den europäischen Geldgebern konsequent umzusetzen und mit Blick auf die Nöte der unteren sozialen Schichten einen umfassenden Modernisierungsprozess des Staates einzuleiten.

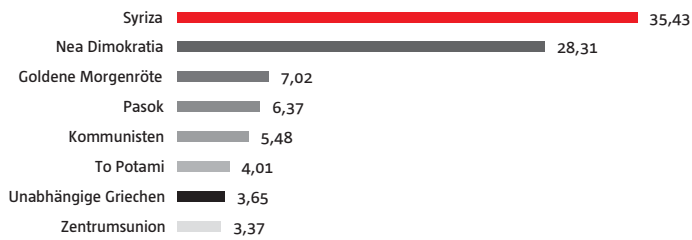
Die SYRIZA-Partei kommt auf 35,5% und – inklusive der 50 Bonus-Sitze für die stärkste Fraktion – auf 145 der 300 Sitze im Parlament. Die konservative Nea Dimokratia bekam 28,1%, was 75 Sitzen entspricht. Der SYRIZA-Koalitionspartner, die »Unabhängigen Griechen« (ANEL), erhielt 3,7% der Stimmen und damit zehn Mandate. Um alleine regieren zu können, werden rund 38% der Stimmen benötigt. Drittstärkste Kraft ist die faschistische »Goldene Morgenröte« mit 7% und 18 Sitzen. Insgesamt ziehen acht Parteien ins Parlament ein.

Die Wahlbeteiligung ist deutlich zurückgegangen. Sie lag bei 56,5%. Im Januar waren es noch 63,6%. Auch in Griechenland

klinken sich vor allem die unteren sozialen Schichten aus der politischen Willensbildung aus. Als wichtiges Faktum bleibt gleichwohl festzuhalten: Das Parteien- und politische System ist nicht implodiert und es gibt auch keine politische Blockade. Die Wahlergebnisse belegen deutlich, dass es in Griechenland fast wie zu Vorkrisenzeiten nur zwei Volksparteien und ansonsten ein halbes Dutzend Kleinparteien mit einer Unterstützung im einstelligen Prozentbereich gibt. SYRIZA liegt als stärkste Kraft deutlich vorn – auch weil sie die Abspaltung »Laiki Enotita« (»Volkseinheit«) von Panagiotis Lafazanis und seinen Leuten besser verkraftet hat als erwartet. Hinter der rechtsextremen Partei »Goldene Morgenröte« folgen die Kommunisten, die um die Demokratische Linke verstärkte PASOK und To Potami.

Die neue Regierung steht bei Amtsantritt bereits wieder unter erheblichem Druck von Sanierungsmaßnahmen. Sie muss schon im Oktober die Sparmaßnahmen und Privatisierungen durchsetzen, denen das letzte Parlament zugestimmt hatte. Andernfalls werden die nächsten Tranchen aus dem Hilfspaket nicht nach Athen fließen, auf die das Land angewiesen ist. Wegen einer parteiinternen Rebellion brachte Ministerpräsident Alexis Tsipras die Vorlagen nur mit Unterstützung der Opposition durch das Parlament.

Parlamentswahl in Griechenland, Stimmenanteile in %



Die Neuwahlen waren unvermeidlich, weil der linke Flügel des Linksbündnisses die Vereinbarung des dritten Memorandums mit breiter Unterstützung von europäischen Linkspolitikern (insbesondere Jean-Luc Mélenchon, Oskar Lafontaine, Stefano Fassina) als Kapitulation vor dem Neoliberalismus bekämpfte. Der frühere Finanzminister Yanis Varoufakis rief dazu auf, für die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) oder eine der kleineren Parteien zu stimmen; er selbst werde für die neugegründete Partei »Laiki Enotita« (Volkseinheit) stimmen. Seine Unterstützung galt vor allem zwei Mitgliedern: Nadia Valavani (61), ehemalige stellvertretende Finanzministerin, und Kostas Isichos, ehemaliger stellvertretender Verteidigungsminister. Varoufakis lobte die beiden für ihre Moral sowie ihre Arbeitsmoral. Und hob besonders ihre konstante Haltung gegen Korruption und für die Verteidigung der nationalen Souveränität Griechenlands hervor. Der politische Sinn der Neuwahlen müsse sein, die Legitimation der Kapitulation vor den europäischen Geldgebern zu schwächen. Diesen Vorstellungen sind die griechischen WählerInnen nicht gefolgt. Die neue Formation Laiki Enotita scheiterte an der Drei-Prozent-Hürde. Dieses Scheitern der Politik eines linken Grexit wird in den strategischen Diskussionen in der europäischen Linken wenig gewürdigt. Gleichermäßen werden häufig pauschal jedwede Spielräume, das neoliberale Diktat abzumildern oder zu unterlaufen, bestritten. Andreas Wehr steht für diese Sichtweise: »Seit Sonntag funktioniert die griechische Politik wieder gemäß dem üblichen europäischen Parteienmodus: Es gibt zwei Hauptparteien – eine konservative und eine sozialdemokratische. Beide teilen die Grundüberzeugung, dass es zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und hier aktuell zu ihrer neoliberalen Ausrichtung, keine Alternative gibt.«¹ Für ihn ist damit klar, dass es »linke Ausbruchversuche aus diesem Schema« für eine »eigenständige antikapitalistische Politik« nur geben kann mit einem »Bruch mit der EU«.

Sahra Wagenknecht tut sich »schwer, SYRIZA zu ihrem Wahlsieg zu gratulieren. Ein soziales Programm, das die Lebensverhältnisse der Menschen in Griechenland endlich verbessert, könnte die neue Regierung nur umsetzen, wenn sie die wirtschaftlich und sozial verheerende Vereinbarung mit den Gläubigern zerreißt.«² Da diese Option unweigerlich den Grexit nach sich gezogen, und damit die griechische Gesellschaft in den Abgrund gerissen hätte, hat sich die SYRIZA-Mehrheit für die harten Vereinbarungen entschieden. Diese Entscheidung hat die Mehrheit der WählerInnen anerkannt und erneut bestätigt: Griechenland soll in der Eurozone bleiben und für einen Reformprozess in diesem Wirtschafts- und Währungsverband eintreten.

Tsipras erklärte nach der Wahl, jetzt würden die Ärmel hochgekrempt und hart gearbeitet. Griechenland habe wegen des

Sparprogramms harte Zeiten vor sich. Um aus der Krise zu kommen, gebe es keine »magischen Lösungen«. Mit umfassender gesellschaftlicher Mobilisierung müsse die Rekonstruktion des Landes betrieben werden. Die gesellschaftliche Erneuerung müsse allerdings auf die sozial Schwachen Rücksicht nehmen.

Zunächst geht es um die weitere Stabilisierung der Ökonomie und die Fortführung des Kampfes gegen die humanitäre Katastrophe. Trotz einer schwierigen Ausgangslage, die durch die Flüchtlingsbewegung weiter verschärft wird, ist Pessimismus oder Resignation keine Option. Auch wenn es ein Großteil der politischen Linken in Europa nicht wahrhaben will: Es gibt auch positive Ansatzpunkte. Die Bankenschließungen führten zu keinen Massenentlassungen und die Kapitalverkehrskontrollen sind zwar eine Einschränkung, haben den Wirtschaftsprozess aber nicht blockiert. Der zentrale Wirtschaftssektor Tourismus hat eine gute Saison hinter sich, und der Staatsbankrott ist abgewendet. Die internationalen Geldgeber haben angekündigt, über die Tragfähigkeit der griechischen Schulden zu verhandeln. Die Euro-Gruppe hat zugesagt, nach einer erfolgreichen Zwischenprüfung die Gewährung von Schuldenerleichterungen zu prüfen. Zwar schließt sie einen nominalen Schuldenschnitt (haircut) weiterhin aus. Doch sie ist bereit, über Schritte wie die Verlängerung der Laufzeiten und der tilgungsfreien Zeiten europäischer Hilfskredite zu reden.

Ferner: Statt primär die Sanierung des Staatshaushaltes über Steuererhöhungen und Leistungskürzungen durchzusetzen, ist auch ein Wachstumsprogramm aus einem kleinen Teil der im EU-Haushalt bereitgestellten 35 Mrd. Euro vorgesehen. Diese Investitionen sollen dazu beitragen, die Spar- und Reformmaßnahmen in Griechenland in einen Wachstumsprozess einzubinden. Immerhin bedeuten die gleichfalls beschlossenen und weiter zu beschließenden Kürzungsmaßnahmen – Steuervorteile für die Inseln und vor allem Neuordnung des Rentensystems – nicht zwangsläufig, dass die griechische Ökonomie weiter schrumpfen wird.

Der dritte anstehende Schritt ist die Rekapitalisierung der vier großen griechischen Banken, deren Bedarf die europäische Bankenaufsicht (SSM) derzeit ermittelt. Das Programm sieht hierfür bis zu 25 Mrd. Euro vor, doch 15 Mrd. Euro davon können erst nach der ersten Überprüfung freigegeben werden.

Politisch entscheidend ist, ob sich aus dem Wahlergebnis eine Machtkonstellation ergibt, die das alte System der Oligarchen aufbrechen und die staatlichen Strukturen modernisieren kann. Nicht nur unter diesem Blickwinkel war die Politik der Troika wenig hilfreich. Sie hat sich nicht auf die Oligarchen konzentriert, sondern auf Verhältnisse, die die Struktur des Landes fundamental ändern werden.

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber, *Björn Radke* Redakteur von Sozialismus. Von den Autoren erscheint im Oktober die VSA: Flugschrift »Isch over«? Griechenland und die Eurozone.

¹ Andreas Wehr, Bettvorleger SYRIZA, in: junge welt 22.9.2015; <https://www.jungewelt.de/2015/09-22/011.php?sstr=Bettvorleger|Tsipras>

² <https://www.facebook.com/sahra.wagenknecht/posts/1162717730412289?fref=nf>

Linke Realpolitik oder magische Lösungen

Der frühere Energieminister Panagiotis Lafazanis hat mit der Abspaltung von SYRIZA dafür geworben, dass Griechenland aus der Eurozone austreten und die Drachme wieder einführen soll. Die Vorstellung, mit einer nationalen Kontrolle des Geldsystems könnte der realökonomische Rückstand rasch beseitigt werden, zeigt eher die Verfangenheit in den Geldfetisch und die Mystifikation der Warenökonomie. Lafazanis hat seinen Landsleuten den Schrecken vor der Rückkehr zur Drachme verharmlost. Eine Rückkehr zu einer eigenen Währung sei »keine Katastrophe«, sondern vielmehr so einfach, »wie ein Glas Wasser zu trinken«. Diese Einschätzung der Folgen eines Grexit wird von wenigen geteilt. Zu Recht hat die »Volkseinheit« wegen mangelnder Wählerunterstützung den Einzug in das griechische Parlament verfehlt.

Der griechische Ökonom Giannis Milios vertritt die These: Die politische Strategie des Linksbündnisses SYRIZA war von Beginn der Regierungsübernahme an falsch. »Die SYRIZA-Regierung hat vom ersten Moment an eine rote Linie überschritten. Sie glaubte, dass das Land wie vor der Krise regiert werden könnte. Sie sah also in der Rezession das zentrale Problem und betrachtete Austerität nur als eine falsche Politik, die die gesellschaftliche Nachfrage weiter dämpft. Ich glaube, dass die zugrundeliegende Analyse vollkommen falsch war und ist. Das Kapital hat keine anderen Mittel, aus eigenen Kräften aus einer Krise heraus zu kommen, als Kosten einzudämmen. Hierfür hat es zwei Möglichkeiten: die Arbeitskosten zu senken, was Austeri-

tät bedeutet; oder gleichzeitig die Kosten für Kredite und Material zu drücken. ... Die SYRIZA-Regierung hat nicht verstanden, dass sie von Beginn an nicht über die wirtschaftliche Entwicklung oder Rezession sprechen darf, wenn sie für die Lohnabhängigen Politik machen will. Stattdessen muss sie alternative Wege suchen, Güter und Dienstleistungen bereitzustellen. Das umfasst etwa ein System von Genossenschaften und ebenso, geschlossene Fabriken wieder zu eröffnen, aber auch durch ein hartes und einfaches Steuersystem Einkommen und Vermögen zugunsten der einfachen Leute umzuverteilen.«³

Der sofortige Übergang zu einer alternativen Ökonomie in Griechenland war weder vom Wahlprogramm von SYRIZA noch von den Wahlergebnissen im Januar 2015 gedeckt. Das Linksbündnis hatte kein politisches Mandat für eine Revolutionierung der kapitalistischen Produktionsweise. Selbst das Referendum vom 5. Juli 2015 enthielt klar zwei Komponenten: zum einen die Ablehnung der harten Angebote der Gläubiger-Länder, zum anderen die Aufforderung, Griechenland solle auch weiterhin in der Eurozone verbleiben. Alexis Tsipras hat stets darauf beharrt, dass Griechenland die Sparauflagen der Geldgeber zwar ablehnen könne, dabei aber in der Eurozone bleiben müsse, weil andernfalls der Wohlstand des Landes nicht zu halten sei.

Der Großteil der europäischen Linken teilt daher die These vom Überschreiten der »roten Linie« bereits im Februar 2015 nicht. Allerdings sei ein solcher Bruch mit der Unterzeichnung des dritten Memorandums und der anschließenden Vertragsverhandlungen erfolgt. Unter enormem Druck habe die griechische Regierung sich der europäischen Austeritätskonzeption unterworfen. Für viele europäische Linke steht fest, dass mit dem dritten Memorandum nicht nur nicht die großen sozialen Probleme gelindert werden könnten, sondern dass dies auch nicht zur wirtschaftlichen Erholung beitrage. Somit bleibe als Begründung lediglich die Furcht vor dem »Grexit«.

Lassen wir die These eines Staatsstreiches durch die Gläubiger-Länder hier außer Acht. Überprüfen müssen wir die Thesen, dass das dritte Memorandum nur die sozial-ökonomische Abwärtsspirale beschleunigen wird, und dass daher an der strategischen Option eines Austritts aus dem Euro-Währungssystem gearbeitet werden muss (»Plan B«). Lafontaine u.a. argumentieren: »Am 13. Juli wurde die demokratisch gewählte griechische Regierung von Alexis Tsipras durch die Europäische Union in die Knie gezwungen. Die »Einigung« vom 13. Juli ist ein Staatsstreich ... durch mehr Austerität, zusätzlichen Ausverkauf öffentlichen Eigentums, größerer Irrationalität im Bereich der Wirtschaftspolitik als je zuvor, und massiver Menschenverachtung im Bereich der Sozialpolitik, wird das neue Memorandum nur dazu dienen, Griechenlands große Depression zu verschlimmern und Griechenlands Reichtum nicht-griechischen und griechischen Oligarchen zur Beute zu machen. Aus diesem Finanzstaatsstreich müssen wir unsere Lehren ziehen. Der Euro ist das Werkzeug politischer und ökonomischer Dominanz einer kleinen europäischen Elite geworden. ... Wir sind entschlossen, mit diesem »Europa« zu brechen. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, die Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern und Ländern auf neuer Basis wiederaufzurichten. ... Wir leben in außergewöhnlichen Zeiten und sind mit einer wahrhaften Notlage konfrontiert. Die Demokratien der Mitgliedsstaaten brauchen

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998



»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Otto Köhler und Eckart Spoo, unter Mitarbeit von Rainer Butenschön und Peter Turrini.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net

Luft zum Atmen und den politischen Raum, der ihnen die Möglichkeit gibt, sinnvolle Politik auf einzelstaatlicher Ebene voranzubringen, ohne Angst vor dem harten Eingreifen einer autoritären Eurogruppe, dominiert von den Interessen des stärksten Mitgliedsstaates und von Großkonzernen, oder einer EZB, die als Dampfwalze droht, jedes ›unkooperative Land‹ niederzuwalzen, wie mit Zypern und Griechenland geschehen.

Dies ist unser Plan A: Wir werden alle in unseren Ländern, und alle zusammen überall in Europa, auf eine vollständige Neuverhandlung der europäischen Verträge hinarbeiten. Bis diese Neuverhandlung erreicht ist, beteiligen wir uns in einer Kampagne des europäischen zivilen Ungehorsams gegenüber willkürlichen, europäischen Praktiken und irrationalen ›Regeln‹ an den Kämpfen der Europäerinnen und Europäer überall in Europa.

Angesichts dieser Erpressung benötigen wir unseren eigenen Plan B als Abschreckung gegen den Plan A, den Europas reaktionärste und anti-demokratische Kräfte verfolgen. Dies ist zur Stärkung unserer Position notwendig, im Angesicht ihres brutalen Bekenntnisses, zu einer Politik, die die Mehrheit im Interesse einer kleinen Minderheit opfert. Aber auch, um dem einfachen Prinzip neue Geltung zu verschaffen, dass Europa den Interessen der Europäerinnen und Europäer dienen muss und dass Währungen Werkzeuge sind, um den gemeinsamen Wohlstand zu mehren, nicht Folterinstrumente oder Waffen zur Abschaffung der Demokratie: Wenn der Euro nicht demokratisiert werden kann, wenn sie weiter darauf bestehen, den Menschen die Luft abzuschneiden, dann werden wir uns erheben und ihnen in die Augen sehen und sagen: Versucht es nur! Eure Drohungen ängstigen uns nicht. Wir werden einen Weg finden, um sicherzustellen, dass die Europäerinnen und Europäer ein Geldsystem haben, das für sie arbeitet, nicht gegen sie.«⁴

Ja, Währungen sind Werkzeuge, aber Veränderungen am Zirkulations- und Währungssystem sind kein Ersatz für die Beseitigung von ökonomischer Rückständigkeit, Klientelwirtschaft und oligarchisch verhärtete Strukturen sozialer Ungleichheit.

Sahra Wagenknecht erläutert im schweizerischen Tagesanzeiger die Logik des Plan B: »Ein Austritt Griechenlands aus dem Euro wäre ohne flankierende Stützung durch eine Zentralbank brutal gewesen. Die EZB sollte dafür sorgen, dass die Währung nur so stark abwertet, wie es nötig ist, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Ohne Stützung würde die Drachme ins Bodenlose fallen, das würde die Armut weiter verschärfen. Zumindest, bis eigene landwirtschaftliche und industrielle Kapazitäten wieder entstehen. Aber ich sehe nicht, wie Griechenland es im Korsett des Euro und der EU-Binnenmarktregeln je wieder schaffen soll, auf eigenen Füßen zu stehen. Jetzt haben wir einen Schrecken ohne Ende. Die Kürzungsdiktate machen das Land immer ärmer, und wenn das Geld aus dem letzten Hilfspaket aufgebraucht ist, wird die nächste Grexit-Debatte kommen. Wir erleben doch gerade, wie Europa im Euro und mit dem Euro scheitert. Wir haben in Griechenland gesehen, wie mithilfe der Europäischen Zentralbank einer demokratisch gewählten Regierung alle Handlungsspielräume abgeschnitten wurden. Wir erleben, wie sich die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Euroländern immer weiter vergrößern, wie Frankreich und Italien deindustrialisiert werden. Da muss man doch über Alternativen nachdenken. Es wäre sinnvoll, ein euro-

päisches Währungssystem zu formen, in dem die Europäische Zentralbank für stabile Wechselkurse sorgt. Um der Spekulation keine Angriffsfläche zu bieten, sollten die Kurse nicht frei fliegen. Aber wenn die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zu groß werden, müssen Auf- und Abwertungen möglich sein.«⁵

Wir teilen die komplett negative Bewertung des dritten Memorandums nicht, daher ist auch der Automatismus nicht begründet, dass es nach Ausschöpfung des dritten Hilfspakets zur Neuauflage der Grexit-Option kommen muss. Keine Frage, das Abkommen hätte auch so ausgestaltet werden können, dass die Wahrscheinlichkeit größer wäre, dass Griechenland wieder auf eigenen Beinen stehen kann. Was aber war die Alternative im Juli 2015?

- Angesichts der Aussichtslosigkeit, einen politisch ausgewogenen Kompromiss erreichen zu können, hatte die griechische Delegation die Verhandlungen abgebrochen und die Linksrregierung beschlossen, dass am 5. Juli die Bevölkerung darüber abstimmen soll, ob sie eine Vereinbarung akzeptieren will, die Ministerpräsident Alexis Tsipras erneut als erpresserisch und demütigend charakterisierte. Die Institutionen hatte er gebeten, ein am 30. Juni auslaufendes Hilfsprogramm bis zum Referendum am 5.7. zu verlängern. Im Gegenzug zur Fortführung des »Reform«programms sollte es ein kleineres Finanzpaket von 15,5 Mrd. Euro und Aussichten auf ein drittes Unterstützungsabkommen geben.
- Statt der Verlängerung des zweiten Memorandums um etliche Monate gibt es jetzt
 - ein Abkommen bis 2018,
 - ein Finanzvolumen von 86 Mrd. Euro,
 - nach der anstehenden Evaluation im November Verhandlungen über die Verminderung der Schulden.
- Die griechische Regierung und die Gläubiger-Länder haben die makro-ökonomischen Vorgaben neu festgesetzt. Wegen der schlechten Aussichten für das Wirtschaftswachstum gibt es deutlich abgesenkte Ziele für den Primärhaushalt.
- Die griechischen Banken – faktisch zurzeit nicht nur insolvent, sondern pleite – werden rekapitalisiert (10-25 Mrd. Euro). Damit werden zugleich die Ersparnisse und Rücklagen der Bevölkerung vor der Vernichtung gerettet. Außerdem wird es eine realisierbare Erschließung der 35 Mrd. Euro Investitionsmittel aus dem EU-Kohäsionsfonds bis 2020 (ca. 3-5 Mrd. Euro bis 2018) und ca. 12,5 Mrd. Euro aus dem Privatisierungsfonds für direkte Investitionen geben. Griechenland kann seinen gesellschaftlichen Reproduktionsprozess in kapitalistischer Form weiterführen und hat auch eine Chance, sich auf einen wirtschaftlichen Erholungs- und Wachstumskurs zurückzukämpfen. Dieses Projekt einer ökonomisch-sozialen Rekonstruktion Griechenlands kann scheitern, es gibt aber keinen Automatismus.

³ Interview in Neues Deutschland vom 16.9.2015; www.neues-deutschland.de/artikel/984729.syriza-hat-von-anfang-an-eine-rote-linie-ueberschritten.html

⁴ Stefano Fassina, Zoe Konstaninopoulou, Oskar Lafontaine, Jean-Luc Mélenchon und Gianis Varoufakis, Ein Plan B für Europa. Aus dem Finanzstaatsstreik gegen Griechenland vom 13. Juli müssen Lehren gezogen werden, dokumentiert in junge welt vom 15.9.2015.

⁵ Siehe das Interview mit Sahra Wagenknecht, »Die Eurozone ist das Ende der Demokratie«, www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/die-eurozone-ist-das-ende-der-demokratie/story/30508818

Das Ziel, dass Athen im Jahr 2018 einen Haushaltsprimärüberschuss von 3,5% erreicht, muss reduziert werden – kombiniert mit einem Umschuldungsplan, der nicht wie ein Bleigewicht auf dem ganzen Land lastet. Die Austeritätspolitik muss durch den Ausbau der Investitionen gemildert werden. Was Griechenland blockiert, ist nicht nur die Zurückhaltung der öffentlichen Hand, sondern auch die des Privatsektors. Wenn der Bankensektor derart zertrümmert ist wie in Griechenland, kann man wenig für die kleinen und mittelständischen Unternehmen tun. Und Griechenland ist ein Land der kleinen und mittleren Unternehmen. Man muss Wege finden, die Finanzierung dieser Firmen wieder zu gewährleisten.

Und der Euro?

Der Niedergang Griechenlands illustriert einen grundlegenden Konstruktionsfehler der europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion. Das Währungssystem hat sich zu einem Zerstörungsmechanismus entwickelt. Trotz eines gewichtigen Struktur- und Kohäsionsfonds in der EU sind in der Zeit nach der Finanz- und Wirtschaftskrise die Divergenzen unter den Mitgliedsländern größer geworden. Infolge der beschleunigten Globalisierung und der Modernisierungspolitik der EU (Lissabon-Strategie) sind einige Länder vor allem an der südlichen Peripherie zurückgefallen. Die bedingungslose Öffnung der Nationalwirtschaften zum europäischen Binnen- und Weltmarkt, der Abbau staatlicher Subventionen und Regularien, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Steuersenkungen, die Einschränkung des Sozialstaats und die Freigabe der Preise haben die Länder zurückgeworfen, die durch Strukturen eines unproduktiven, klientelistischen Kapitalismus geprägt waren.

Neoliberale Politik wollte als »List der Vernunft« mit dem Euro als Währungssystem zum Krönungsakt einer politischen Union fortschreiten. Über massive Kapitalflüsse vom Zentrum in die Peripherie wollte man die ökonomisch-politische Konvergenz ins Werk setzen. Durch die durch die Kapitalzuflüsse ausgelöste Überschuldung kam das Projekt dann jedoch plötzlich zum Stillstand. Es kam zu asymmetrischen Schocks, die ohne eine Anpassung über Wechselkurse kaum verdaubar sind. Die Nichtbeachtung von fast allem, was die Währungsfachleute zu einer funktionsfähigen Währungsunion schon vor der Lancierung der Währungsunion betonten, rächt sich heute. Mit dem Euro wurde nicht nur ein wesentlicher Anpassungsmechanismus (die Wechselkursflexibilität), den man heute dringend benötigen würde, beseitigt, sondern auch eine divergierende Entwicklung der Mitglieder begünstigt. Während Länder wie Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland in hoher Arbeitslosigkeit versinken, erlebt das boomende Deutschland, für das der Euro viel zu billig ist, steigende Handelsbilanzüberschüsse und eine sinkende Arbeitslosigkeit.

Krisenländern wie Griechenland, Portugal und Spanien helfen die Finanzpakete sowie die damit verbundenen neoliberalen Strukturprogramme nicht, ihre Wettbewerbsfähigkeit und binnenwirtschaftliche Dynamik zurückzugewinnen. Vor allem Griechenland belegt, dass der auferlegte Umbau seines wirtschaftlich-gesellschaftlichen Systems massive Verwerfungen produziert. Ein über Jahrhunderte gewachsenes System kann

nicht im Namen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – gegen den Willen eines Großteils der Bevölkerung – ohne massive Unterstützung durch gesamteuropäische Strukturpolitik seinen Entwicklungsrückstand überwinden.

Europa braucht deshalb dringende institutionelle Reformen durch ein System von Ausgleichungen (ähnlich wie die Vorschläge von John Maynard Keynes zur Neugestaltung der Globalökonomie nach dem Zweiten Weltkrieg), die wieder mehr die Eigenverantwortung und Eigenständigkeit der Länder in den Vordergrund stellen. Es müssten im großen Stil Transfers vom »Norden« in den »Süden« eingerichtet werden. Die zentrale realwirtschaftliche Ursache der Eurokrise liegt in der ungleichen Entwicklung der Handels- und Kapitalströme. Seit Einführung des Euro werden die wirtschaftlich starken Volkswirtschaften stärker und die wirtschaftlich schwachen Volkswirtschaften schwächer. Deutschland und Österreich haben durch eine interne Abwertung an preislicher Wettbewerbsfähigkeit hinzugewonnen, der europäische Süden musste real aufwerten. Ohne einen Abbau dieser Ungleichgewichte wird der Euro nicht überleben. Durch ein umfassendes Reformprogramm lässt sich eine qualitative Wachstums- und Beschäftigungsstrategie realisieren.

Betrachtet man die aktuellen Entwicklungstrends, so ist eindeutig, dass der Lebensstandard in den Ländern der Eurozone auseinanderdriftet. In Griechenland, Portugal und Spanien setzt sich die Divergenz in raschem Tempo fort, die massive Verschlechterung des Wohlstands der Bevölkerung konnte bis in die Gegenwart nicht aufgehalten werden. Beunruhigend ist die anhaltende Verschlechterung in Italien (siehe dazu den Beitrag von Klaus Bullan in diesem Heft). Soweit nicht mit einem Politikwechsel das Ruder herumgerissen wird, was aktuell wenig wahrscheinlich ist, kann im überschaubaren Zeitraum mit keiner grundlegenden Änderung des Konvergenzprozesses gerechnet werden. Somit wird man sich auf ein Fortbestehen oder auch eine Verstärkung der Unterschiede zwischen den nationalen Ökonomien in den nächsten Jahren einstellen müssen. Damit erhöht sich die Gefahr von politischen Brüchen.

Es gibt eine Alternative zur Austeritätspolitik. Für die europäische Krise gibt es eine europäische Lösung. Die Befürworter einer Renationalisierung überschätzen die Spielräume nationalstaatlicher Politik. Vor dem Hintergrund freier Kapital- und Warenströme sowie einer gemeinsamen Währung können nationale Regierungen in den zentralen Feldern der Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik keine progressive Politik im nationalen Alleingang durchhalten. Was aber im Umkehrschluss nicht bedeutet, dass eine enge Zusammenarbeit der zwei/drei größten Volkswirtschaften (Deutschland, Frankreich, Italien) nicht neue Handlungsspielräume schaffen könnte. Zudem hängt die Stabilität nationaler Austeritätsregime immer noch sehr eng mit der Stabilität nationaler Regierungen zusammen. Insofern hat der Nationalstaat keinesfalls ausgedient.

Eine Rückkehr zu nationalen Währungen – die radikalste Variante einer Renationalisierung – ist allerdings keine wünschenswerte politische Option. Dieser Weg würde mit dramatischen ökonomischen und sozialen Verwerfungen einhergehen. Die Alternative zu weniger Europa ist mehr Europa, aber anders. Ziel ist ein demokratisches und soziales Europa, das mit der neoliberalen Logik des Maastrichter Vertrags bricht.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

